



Sehr geehrte Damen und Herren,

in einer harmonischen und erfolgreichen Tagung haben die geschäftsführenden Vorstände der beiden Koalitionsfraktionen Anfang der letzten Woche bei einem Arbeitstreffen auf dem Petersberg bei Bonn gute Ergebnisse erarbeitet.

Zuvorderst wurde erneut die schwierige Situation in der Ukraine thematisiert. Der zweite außenpolitische Schwerpunkt lag auf Syrien, wo der Bürgerkrieg kein Ende nimmt und sich die Lage der Menschen immer weiter verschlechtert. Unsere auf dem Petersberg unterstrichene Position zur Lage in Syrien trugen wir in dieser Woche auch ins Plenum des Deutschen Bundestages.

Politische Lage in der Ukraine

Die Situation in diesem europäischen Nachbarland macht uns große Sorgen. Unser Appell an Russland lautet, jede weitere Destabilisierung in der Ukraine zu unterlassen und endlich zur Deeskalation beizutragen. Wenn Russland nicht zu einer Stabilisierung der Ukraine beiträgt und die für den 25. Mai geplanten Präsidentschaftswahlen behindert, sind weitere Sanktionen notwendig.

Wir sind froh und dankbar, dass die von prorussischen Separatisten festgehaltenen Mitglieder der OSZE-Beobachtermission, darunter vier Deutsche, inzwischen freigelassen worden sind und unverseht zu ihren Familien nach Hause zurückkehren konnten. Die Mission der OSZE-Militärbeobachter fand im Rahmen des so genannten Wiener Dokuments der OSZE statt, sie war international abgestimmt, in Übereinstimmung mit dem von allen OSZE-Mitgliedstaaten unterzeichneten Übereinkommen und erforderlich. Wir haben allen Grund, unseren Soldaten dankbar zu sein und sie nicht zu kritisieren.

Die von Russland vom Zaun gebrochene Krise in der Ukraine führt uns auch vor Augen, dass weder die EU allein noch gar Deutschland isoliert in der Lage wäre, der russischen Machtpolitik wirksam zu begegnen. Daher ist es gut, dass wir in die transatlantische Wertegemeinschaft eingebunden sind und als demokratische Staaten gemeinsam handeln - bei allen Diskussionen um nicht tolerierbares Ausspähen unter Freunden.

Hilfe für Flüchtlinge aus Syrien – Unterstützung für die Nachbarstaaten

Die Situation der syrischen Flüchtlinge in der Krisenregion ist unverändert dramatisch. Immer mehr Menschen verlassen Syrien, so dass die Lebensbedingungen in den Anrainerstaaten immer schwieriger werden.

In Deutschland leben mittlerweile mehr als 65.000 syrische Staatsbürger. Unser Land trägt seit 2012 mit mittlerweile mehr als 512 Millionen Euro zur humanitären Hilfe für die Flüchtenden bei. Wir unterstreichen mit unserem Antrag im Deutschen Bundestag, dass Deutschland und Europa gefordert sind, ihre Hilfsleistungen für Flüchtlinge aus Syrien zu verstärken. Hierbei ist zu prüfen, wie Deutschland in Zukunft weiterhin zielgenau und großzügig zur Linderung der Not der Flüchtlinge beitragen kann.

Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes

In erster Lesung haben wir auch über umfassende Maßnahmen zur Verminderung des Kostenanstiegs von Strom aus Erneuerbaren Energien beraten. Zugleich soll deren weiterer Ausbau gesichert werden. Der vorliegende Gesetzentwurf der Bundesregierung enthält dazu eine Festlegung verbindlicher Ausbaukorridore, einen Abbau von Überförderungen, eine stärkere Marktintegration sowie eine stärkere Beteiligung der Eigenstromerzeuger an der EEG-Umlage.



Die Neuregelung der Besonderen Ausgleichsregelung für die stromintensive Industrie wird die Bundesregierung noch in dieser Woche in einem separaten Gesetzentwurf beschließen. Dies ist deshalb der Fall, weil man der Verabschiedung der Umwelt-Beihilfeleitlinien durch die Europäische Kommission nicht vorgreifen wollte. Diese Leitlinien wurden nun kürzlich verabschiedet, so dass auf ihrer Grundlage ein eigenständiger Gesetzentwurf zur Besonderen Ausgleichsregelung erarbeitet werden kann. Erfreulicherweise ist an dieser Stelle festzuhalten, dass die Leitlinien nach großem Verhandlungseinsatz nicht zuletzt der Bundeskanzlerin erhebliche Verbesserungen zugunsten der betroffenen Unternehmen gegenüber den ursprünglichen Entwürfen der EU-Kommission aufweisen.

Im weiteren Gesetzgebungsverfahren zur EEG-Novelle wird es darauf ankommen, die Beihilfeleitlinien so umzusetzen, dass zusätzliche Belastungen für die betroffenen energieintensiven Unternehmen möglichst weitgehend reduziert werden. Ich werde mich selbstverständlich dafür einsetzen, dass die im Rahmen der Beihilfeleitlinien bestehenden Handlungsspielräume zugunsten der betroffenen Unternehmen und im Interesse des Erhalts von Arbeitsplätzen voll ausgeschöpft werden.

Besuch beim Malteser Hilfsdienst

Der Malteser Hilfsdienst in Krefeld hat mich überzeugt: mit einer breiten Palette an Angeboten und hervorragender Organisation wird hier wertvolle Arbeit geleistet. Mein Eindruck ist, dass das Miteinander der verschiedenen Einrichtungen und Organisationen in Krefeld vorbildlich funktioniert. Ziel muss es sein, deren Leistungsfähigkeit zu erhalten. Hier muss auch die Politik entsprechende Rahmenbedingungen schaffen.



Zu den aktuellen Herausforderungen zählt vor allem die Umsetzung der neuen europäischen Richtlinien zur Auftragsvergabe und zur Konzessionsvergabe, die vor einigen Tagen in Kraft getreten sind und in den nächsten zwei Jahren von den EU-Mitgliedsstaaten in nationales Recht eingearbeitet werden müssen.

Eine Bereichsausnahme für den Rettungsdienst soll dabei sicherstellen, dass Kommunen als Träger des Rettungsdienstes die Notfallrettung an Hilfsorganisationen sowie an sonstige gemeinnützige Organisationen ohne formale EU-weite Ausschreibung übertragen können. Im Falle von reinen Krankentransportfahrten soll zukünftig ein vereinfachtes Vergabeverfahren für soziale und andere spezifische Dienstleistungen zur Anwendung kommen.

Allerdings gelten diese Bereichsausnahmen erst, wenn sie in deutsches Recht umgesetzt sind. Gestaltungsspielräume auf Bundesebene sollten wir ausnutzen. Ich werde mich in Berlin gerne dafür einsetzen, dass die Besonderheiten des deutschen Systems, wie etwa die Zusammenarbeit von ehrenamtlichen Kräften und hauptamtlich Tätigen, berücksichtigt werden.

Herzlichst,

A handwritten signature in blue ink, which appears to read 'Ansgar Heveling'.

Impressum:

Herausgeber:
Ansgar Heveling MdB
Wahlkreis 110
Jüchen, Kaarst, Korschenbroich,
Krefeld, Meerbusch

Büro Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: 0 30 / 227 – 71 035
Fax: 0 30 / 227 – 76 235

ansgar.heveling@bundestag.de